

## Entlastungspaket des Kantons Luzern 2011 - 2012

Seit Jahren schnürt die Regierung des Kantons Luzern Sparpakete, verlangt vom Personal Sparprozente und nun kommt ein Entlastungspaket von 61,9 Millionen Franken für die Jahre 2011 und 2012. Und das trotz wiederholt fetten Jahresabschlüssen – 2008 schloss die Jahresrechnung mit Mehreinnahmen von 197 Mio Franken!

Wegen der neuen Steuerreduktion verfügt der Staat nun nicht mehr über die notwendigen Mittel, um die Leistungen des Staates weiterhin zu erbringen – das Entlastungspaket soll es nun wieder richten und das Staatspersonal inkl. Lehrpersonen, Polizei und das Personal in den Spitälern werden schlussendlich darunter leiden. Der Lspv und die ALP sagen nein zum Entlastungspaket.

### Nein zum Entlastungspaket 2011

Der Luzerner Regierungsrat will mit dem Entlastungspaket 2011 sparen - 61,9 Millionen Franken für die Jahre 2011 und 2012.

Der Lspv und die Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalorganisationen (ALP) mit ihren über 12'000 Mitgliedern verschiedenster Berufsverbände der öffentlichen Dienste, setzt sich gegen das geplante Entlastungspaket entschieden zur Wehr. Die Einsparungen bedeuten einen massiven Leistungsabbau auf Kosten des Personals, der Wirtschaft, der allgemeinen Bevölkerung und des Bildungsstandorts Luzern. Die Sparvorgaben sind zudem so allgemein gehalten, dass die einzelnen Dienststellen und Abteilungen in Eigenverantwortung über die Sparmassnahmen entscheiden müssen. Dies entspricht nicht der bisherigen Praxis des Luzerner Regierungsrats und des Parlaments und kann bei der Umsetzung zu Willkür und falschen Entscheiden führen. Wir betrachten diese Sparvorlage nicht nur als unnötig, sie wurde auch unzulänglich und ungenügend vorbereitet.

Wo wird vor allem gespart:

#### Polizei

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sollen 5,74 Millionen Franken eingespart werden. Von diesen Sparmassnahmen sind hauptsächlich die Polizeikräfte betroffen. Das bestehende Polizeicorps ist heute bereits an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Mit noch weniger Mitteln können gewisse Leistungen nicht mehr erbracht werden und bedeuten erneut eine Reduktion der Einsatzmöglichkeiten. Die Bürgernähe, die Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Luzerner Bevölkerung werden damit verschlechtert.

#### Universität und Fachhochschulbereich

Das Bildungs- und Kulturdepartement wird mit rund 21 Millionen Franken am meisten betroffen. Die Universität und Fachhochschulen erhalten deutlich weniger Mittel. Durch diese Kürzungen müssen Leistungen eingeschränkt und die Abwanderung von Studenten in Kauf genommen werden. Die Entwicklung dieses noch jungen Bildungsbereichs im Kanton Luzern würde dadurch gestoppt und auch die Stilllegung von Fakultäten oder Abteilungen der Fachhochschulen könnte nicht mehr ausgeschlossen werden.

### **Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)**

Vor dem sich abzeichnenden Lehrpersonalmangel der nächsten Jahre ist es unverantwortlich, der PHZ Mittel zu entziehen. Entwicklungen wie zum Beispiel der Lehrplan 21 und die nationalen Bildungsstandards verlangen eine entsprechende Gestaltung der Ausbildung. Auch der räumliche Zustand der PHZ ist untragbar und bedarf einer schnellen Verbesserung. Der Abbau der Kantonsbeiträge zieht eine Reduktion der Beiträge der übrigen Konkordatskantone nach sich, was insgesamt 8 Prozent weniger finanzielle Mittel bedeuten würde.

### **Kantonale Schulen**

Mit dem neuen Entlastungspaket sollen die Klassenbestände „optimiert“ werden. Dies bedeutet: Mehr Schüler pro Klasse und weniger Lehrpersonen. Tatsache ist, dass die Belastung der Lehrpersonen schon seit Jahren unaufhörlich steigt. Bereits heute zählen die Anstellungsbedingungen der Luzerner Mittelschullehrpersonen zu den unattraktivsten der Schweiz. Diese „Optimierungsübung“ verschlechtert die Bedingungen dieses Berufes zusätzlich und wird sich bei der Rekrutierung von entsprechenden Lehrpersonen negativ auswirken. Beispielsweise führen auch die Sparmassnahmen beim obligatorischen Instrumentalunterricht für Eltern, deren Kinder Musik als Maturafach gewählt haben, zu einem beträchtlichen Mehraufwand. Sie werden dafür neu Fr. 890.00 statt Fr. 200.00 bezahlen müssen. Dies kann dazu führen, dass Bildung für Familien mit mehreren Kindern oder allein erziehenden Eltern unerschwinglich wird.

### **Sonderpädagogik**

Der Kanton ging bisher davon aus, dass Kinder mit einer schweren Sprachbehinderung künftig bei gleich bleibenden Logopädie-Pensen vor Ort in den Gemeinden die Sprachtherapie besuchen können. Mit noch weniger finanziellen Mitteln ist dieses Vorhaben erst recht gefährdet. Die Logopädischen Dienste könnten diese zusätzlichen Aufgaben nicht auch noch bewältigen. Sie sind bereits jetzt voll ausgelastet und es bestehen Wartelisten. Kinder mit Sprachheilschulbedarf benötigen mehrere (drei bis vier) logopädische Therapiestunden pro Woche. Mit keiner oder zu wenig fachlicher Unterstützung werden diese Kinder den Stoff der Regelschule nicht bewältigen können. Diese Kinder können später kaum in die Arbeitswelt integriert werden, weil die Sachkompetenz und das Selbstbewusstsein für eine Lehre oder eine schulische Ausbildung nicht ausreichen. Ist es Zufall, dass die Sparrunde Menschen trifft, die keine Sprache haben?

### **Denkmalpflege**

Die Kürzung des Angebots der Denkmalpflege um 20 Prozent wäre kontraproduktiv. Der Luzerner Regierungsrat schreibt in seiner Botschaft selber, dass die Warteliste von Gemeinden für die Erstellung des Bauinventars über schützenswerte Bauten länger würde. Der Leistungsauftrag der Denkmalpflege für den Schutz und Erhalt historischer Kulturdenkmäler im Interesse der Allgemeinheit als kulturgeschichtliches Erbe wäre in der bisherigen Form in Frage gestellt. Auch müssten sinnvolle Publikationen für Fachkreise und für die Allgemeinheit eingeschränkt werden, die das Verständnis für die Bedeutung des historischen Erbes wecken und fördern.

### **Gesundheit / Staatsbeitrag an die Luzerner Kantonsspitäler (LUKS)**

Der finanzielle Spielraum der Luzerner Kantonsspitäler ist heute bereits sehr eng. Das Entlastungspaket würde diese Situation noch verschärfen. Es enthält jährlich wiederkehrende Mindereinnahmen für das LUKS von 3,2 Millionen Franken (ab 2012). Dies wird zu

weniger Personaleinstellungen oder gar Stellenstopp führen. Für Lohnentwicklungen oder notwendige Anpassungen an den Markt werden zudem kaum Möglichkeiten vorhanden sein. Die Attraktivität des LUKS als Arbeitgeberin wird abnehmen und es wird noch schwieriger werden, qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen. Dies führt unweigerlich zu einer Verschlechterung der Behandlungsqualität. Es dürfte auch zunehmend schwieriger werden, Investitionen für Neuerungen zu tätigen. Innovationen sind jedoch unumgänglich, um mit der sich ständig weiter entwickelnden Medizin Schritt zu halten. Mit der Einführung des Swiss DRG und der landesweiten freien Spitalwahl wird sich der Konkurrenzkampf unter den Spitalern noch verstärken. Der Patient wird dorthin gehen, wo er die beste Behandlung erhält. Das Entlastungsprogramm schadet dem Spitalstandort Luzern und verhindert dringend notwendige Investitionen.

Es gibt zahlreiche andere Beispiele die aufzeigen, dass diese erneuten Sparmassnahmen anderswo kompensiert werden müssen und letztlich am Ziel vorbeischiessen. Wir sind überzeugt, dass sich die Wirtschaft, die Arbeitnehmenden und die Familien des Kantons Luzern dieses erneute Sparprogramm nicht mehr leisten können. Aufgrund der Rekordüberschüsse des Staatshaushalts der letzten Jahre ist kein Handlungsbedarf gegeben. Wir Personalorganisationen sagen deshalb entschieden Nein zum Entlastungspaket 2011/2012.

Im Interesse der Luzerner Bevölkerung, der Arbeitnehmenden der öffentlichen Hand und einer zukunftsgerichteten Entwicklung unseres Kantons bitten wir den Kantonsrat von der Vorlage des Luzerner Regierungsrates Abstand zu nehmen.